

Technokraten statt Politiker

Das rumänische Experiment

von Marco Kauffmann Bossart, Bukarest 30.4.2016

Beim International Monetary Fonds (IMF) beobachte Anca Dragu die Wirtschaftspolitik Rumäniens. Jetzt trägt sie als Finanzministerin Verantwortung dafür.



**Finanz-Experten der Welt am Hauptsitz des IMF in Washington, Mitte April 2016.
(Bild: Stephen Jaffe / Keystone)**

Anca Dragu verwaltet ein schwieriges Erbe im Finanzministerium. 2015 genehmigte die Regierung des Linkspopulisten Victor Ponta Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von bis zu 25%. Gleichzeitig beschloss ihr Vorgänger, den allgemeinen Mehrwertsteuersatz 2016 von 24% auf 20% zu senken; für Lebensmittel wurde der Tarif gar auf 9% reduziert. Für 2017 versprach Ponta abermals Steuererleichterungen. Viele Ökonomen erkannten darin fiskalpolitischen Leichtsinns, der Rumäniens Staatshaushalt in Schieflage bringt.

Eine Gratwanderung

Zum Verhängnis wurden dem Sozialdemokraten Ponta indes eine Korruptionsanklage und Bürgerproteste, die sich gegen die diskreditierte politische Elite richteten. Mit dem ehemaligen EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos an der Spitze regiert nun seit November ein Technokraten-Kabinet. Allerdings ist deren Amtszeit auf ein Jahr bis zu den nächsten Parlamentswahlen, die im November 2016 stattfinden sollen, beschränkt. Neben Experten aus der Verwaltung sowie rumänischen Repräsentanten bei europäischen und internationalen Institutionen gehören der Regierung auch ein früherer Spitzenmanager des Zementkonzerns Lafarge und ein Soziologieprofessor an.

Eckdaten Rumänien

In Prozent

	2013	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹
Bruttoinlandprod. (BIP)					
Wachstumsrate	3,5	3,0	3,7	4,2	3,7
Inflationsrate	4	1,1	-0,6	-0,9	3,3
Arbeitslosenrate	6,9	6,9	6,6	6,3	6
Staatsverschuldung (in % des BIP)	38	39,8	38,6	38,4	40,2
Haushaltsdefizit (in % des BIP)	2,5	1,7	1,5	2,9	2,7
Leistungsbilanzdefizit (in % des BIP)	1,1	0,5	1,1	1,3	2,0
Ausländische Direkt- investitionen (in Mrd. \$)	3,9	3,9	3,7	4,1	4,6

¹ Prognosen Quelle: IFL, IMF

Dragu übernahm von ihrem Vorgänger haushaltspolitische Vorgaben, die ab 2017 Rumäniens finanzpolitische Stabilität gefährden, wie der International Monetary Fund (IMF) in seinem Länderexamen vom März warnend berichtete. Ein anderer von Dragus früheren Arbeitgebern, die rumänische Zentralbank (NBR), stellte fest, das Risiko makroökonomischer Turbulenzen sei so hoch wie seit 25 Jahren nicht mehr. Laut der NBR besteht die Gefahr, dass das Staatsdefizit die von der EU vorgegebene 3%-Obergrenze schon im laufenden Jahr übersteigt.

Dragu, als Finanzministerin seit einem knappen halben Jahr sozusagen auf der anderen Seite, gibt zu erkennen, dass sie diese Einschätzungen für etwas übertrieben hält. Die Risiken seien nicht als gravierend einzustufen, sagt die Ökonomin in ihrem Büro mit Blick auf den gigantischen «Volkspalast» des 1989 gestürzten Diktators Nicolae Ceausescu, der heute das Parlament beherbergt. Sie verweist auf den Länderbericht der EU-Kommission vom Februar, der Rumänien bescheinigte, gegen makroökonomische Risiken gewappnet zu sein.

Gleichwohl steht das Expertenkabinett leicht auf die Ausgabenbremse. Es stoppte wegen der unklaren Finanzierung höhere Entschädigungen während des Mutterschaftsurlaubs. Diese waren zuvor von der Legislative genehmigt worden. Auch drängt die Regierung in Verhandlungen mit den Parlamentsparteien auf einen weniger forschenden Fahrplan bei der Reduktion der Mehrwertsteuer. Ein ranghoher Beamter spricht von einer Gratwanderung, zumal das Kabinett jederzeit mit einem Misstrauensvotum gestürzt werden könnte.

Dragu betont derweil, dass nicht überall der Rotstift angesetzt werden dürfe. Die Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor etwa dürfe man nicht bloss als Populismus abtun. 2010 seien die Saläre aus Spargründen um 25% gesenkt worden, und die Verwaltung habe in der Folge viele qualifizierte Mitarbeiter verloren. Zudem müssten Diskrepanzen im Salärssystem ausgeglichen werden. Solche Anpassungen will sie daher als Strukturreform verstanden haben.

Der IMF erachtet die Lohnerhöhungen – auch der Mindestlohn wurde um beinahe 20% erhöht – indes als problematisch, weil sie im Verbund mit niedrigen Mehrwertsteuern den Konsum so stark ankurbelten, dass zusätzliche Importe nötig seien. Dadurch weite sich auch das Leistungsbilanzdefizit aus. Die temporäre Chefin im Finanzministerium hält die wirtschaftliche Entwicklung indes für ausgewogen. «Die Investitionen wachsen stärker als der Konsum.» Aber man sei auf der Hut.

Problemzone Steueramt

Dragu, die zwischen 2001 und 2013 im Bukarester Büro des IMF die Wirtschaft des Landes analysierte und sich danach bei der EU-Kommission in Brüssel mit makroökonomischen Ungleichgewichten beschäftigte, will ihre Zeit als Ministerin nutzen, um aufgeschobene Reformen endlich auf den Weg zu bringen. Mit einer internetbasierten Plattform, die Budgets und Ausgabenpläne von 13 000 Einrichtungen aufdatiert, soll die Transparenz im von Misswirtschaft und Korruption verwurmt Staatssektor verbessert werden – «hinunter bis zum Quartier-Kindergarten», wie die von der EU beurlaubte Technokratin anmerkt.

Auf der Einnahmenseite hofft Dragu darauf, dass die Reorganisation der Steuerbehörde (Anef) Früchte trägt. Die Anef soll etwa gezielter nach Steuerhinterziehern fahnden. Nicht kommentieren will sie eine Behauptung des rumänischen Landwirtschaftsministers, Achim Irimescu, wonach in den vergangenen fünf Jahren 35 Mrd. € Schwarzgeld ausser Landes geschafft worden sei, unter anderem per Lastwagen in die Schweiz. Die nicht belegten Aussagen brachten dem Magistraten einen scharfen Rüffel von Ministerpräsident Ciolos ein. Er solle sich um sein Dossier kümmern, mahnte der Chef des Expertenkabinetts. Wegen ungenügender Leistungen beziehungsweise Differenzen mit ihrem Chef mussten zwei Kabinettsmitglieder bereits zurücktreten.

Die Technokratenregierung hat die politische Lage im Land ohne Zweifel stabilisiert, was der Wirtschaft nur zugutekommen kann. Bedenken wegen der demokratischen Legitimität treten angesichts der beschränkten Amtsdauer in den Hintergrund. Ciolos hat für die Wahlen vom November 2016 bisher keine politischen Ambitionen angemeldet. Auch die Finanzministerin winkt ab. Eher könnte sie sich einen Schritt ins freie Unternehmertum vorstellen.